

Auf langfristige Koalitionsaussagen will sich heute keine Partei mehr festlegen.

Nur eine Farbvariante wird als Partner auf Bundesebene kategorisch

ausgeschlossen: das Bündnis mit dem dunkelroten Oskar Lafontaine. So bleibt der Weg zu einer Mitte-Links-Option auf Bundesebene zumindest in diesem Jahr verbaut. Wie lange scheidert eine andere Politik an überholten Parteigrenzen?

von

Wolfgang Storz

von

Wolfgang Storz

von

Wolfgang Storz

# Schön praktisch

**ÜBER PARTEIGRENZEN HINWEG** ■ *Mindestlohn, Grundeinkommen und sozial-ökologische Infrastruktur – das müssten die Themen der deutschen Linken im Wahljahr sein*

von

Was hat die Finanzmärkte und die produzierende Wirtschaft so tief erschüttert? Wie kann die Doppelkrise gedeutet werden? Gewerkschafter, Manager und Politiker haben jeder für sich klare Antworten auf diese Fragen. Aber keine davon ist bisher so stark, dass sie »herrscht« und die öffentliche Debatte prägt.

Die einen sagen: Wir haben es mit einer Zeitenwende zu tun. Erst ist der Realsozialismus untergegangen und nun der Markt­radikalismus; der eine ist an der Frage der Demokratie und der andere an der sozialen Frage gescheitert. Die anderen sagen: Wir haben es im Kern mit einer klassischen Überproduktionskrise zu tun. Marktradikale zucken lakonisch mit den Schultern und sagen, das wird sich wieder einrenken. Geschulte Marxisten sehen Verwerfungen voraus. Dazwischen liegen viele Varianten. Der Kampf um die Deutungshoheit ist noch lange nicht entschieden.

Was macht diese doppelte Krise aus? Sie ist jedenfalls mehr als eine Wirtschaftskrise. Der Marktradikalismus der letzten Jahrzehnte hat nicht nur die ökonomischen Regeln auf den Kopf gestellt, er hat auch die Köpfe vieler Menschen erobert. Es wurde nicht gewirtschaftet, um Gewinn zu erzielen. Es wurde vorher eine Maximal-Rendite festgelegt und dann so gewirtschaftet, dass sie erreicht wird. Der republikanische Bürger verschwand nach und nach in der

Figur des Unternehmers, des Kunden und des Konkurrenten. Politik wurde zum Vollstrecker von betriebswirtschaftlichen Sachzwängen, Demokratie zur Bürokratie. Der Marktradikalismus, der sich bisher nur blamiert und noch nicht abgedankt hat, war und ist also mehr als eine verwerfliche Art von Wirtschaften, er ist eine Lebens- und Denkform. Mit einer Unbeirrbarkeit durchgesetzt von wirtschaftlichen und politischen Eliten, die denen von fanatischen Glaubenskriegern gleichkommt. Insofern haben jene recht, die diese Krise als eine im Kern geistige Krise charakterisieren. Zu ihrer Bewältigung gehören mehr als nur Investitionen und neue Eigenkapitalquoten für Banken.

Die gegenwärtige Krise kann als Folge anhaltender Ungerechtigkeiten gedeutet werden. Mit der (Teil-)Privatisierung der Sozialsysteme, Renditewahn und Steuersenkungen einerseits und der Zunahme von Dumping- und Niedriglöhnen andererseits floss immer weniger Geld in öffentliche und immer mehr Geld in wenige private Hände, von dort an die Börsen, wo es rentierliche Anlagen suchte und zunehmend keine fand, weshalb neue riskante Finanzprodukte erfunden wurden. Wenn das die Ursache ist, dann ist die Wiederherstellung von materieller Gerechtigkeit

das beste Krisenmanagement. Und wenn Gerechtigkeit die Antwort ist, dann steht das Ziel fest: Es geht um eine Politik der Rückverteilung; von oben nach unten, von den privaten in die öffentlichen Hände.

Besteuerte man Millionäre mit einem Prozent höher, dann würden pro Jahr knapp 20 Milliarden Euro mehr in die öffentlichen Kassen fließen. Wäre das die Sofortmaßnahme, um die Schäden der jetzigen Krise von den Richtigen und nicht von der Mehrheit bezahlen zu lassen, so böte das von Attac und der Gewerkschaft Verdi vor Jahren ausgearbeitete Konzept der solidarischen Einfachsteuer die Grundlage für ein künftiges gerechtes Steuersystem.

Die Doppelkrise weist jedoch noch eine Besonderheit auf. In ihrem schrillen Licht glänzen die aktuellen (Krisen-)Instrumente nicht, die bei den Linken so beliebt sind. Vielmehr wirken sie matt und stumpf. Daran ändert sich auch nichts, wenn heute überwältigende Mehrheiten, einschließlich der vereinigten Marktradikalen von Gerhard Schröder bis Josef Ackermann, für Konsumgutscheine, Investitionsprogramme, Verschrottungsprämien und vieles mehr plädieren. Zu groß ist die Gefahr, damit große Enttäuschungen zu produzieren. Was ist, wenn der Staat alle Vorschläge umsetzt – und alles weniger wirkt als erhofft? Dann sind die Marktradikalen wieder fein raus und die Anhänger von Staat und Keynes kauern im tiefen Glaubwürdigkeitsloch.

Deshalb sollte die Linke – ob Anhänger der Linkspartei, der Grünen, der SPD, der Gewerkschaften, von sozialen Verbänden, der christlichen Soziallehre – um ihrer Glaubwürdigkeit willen offen über die engen Grenzen dieser Strategie reden.

Grenze eins: Wird eine solche Politik nationalstaatlich organisiert, dann wirkt sie viel weniger als noch vor zwei Jahrzehnten. Das heißt, sie entwickelt nur ihre Kraft, wenn sie mindestens im Rahmen der Europäischen Union umgesetzt würde.

Grenze zwei: Es dürfen nur die Investitionen und Konsumausgaben gefördert werden, die zugleich die andere Krise, die Klimakatastrophe, nicht mehren, sondern mildern. Die Zeiten, in denen Investitionen in Beton und Asphalt per se als Lösung und nicht als Problem galten, sind vorbei. Es trägt nicht weit, wenn bedeutende Teile der Linken – beispielsweise die IG Metall und ihr verbundene Politiker – für eine Subventionierung der Automobilindustrie fechten, die längst zum Dinosaurier der Industriegesellschaft geworden ist. Öffentliche Finanzmittel sollten strikt nur in Investitionen und Konsum fließen, die unzweideutig den sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft befördern.

Grenze drei: Wir haben es in den hochproduktiven Industriestaaten im Kern mit einer klassischen Überproduktionskrise zu tun. Einerseits sind viele Menschen zu arm, als dass sie auch mit Hilfe des Staates nennenswert mehr konsumieren können. Andererseits besitz­zt die obere Hälfte der Gesellschaften alles.

von

Wolfgang Storz

Wolfgang Storz

von

Wolfgang Storz

Wolfgang Storz

von

Wolfgang Storz

von